

Nachhaltige Strukturen für ziviles Bürgerengagement im ländlichen Raum

Die Herausforderungen des demografischen Wandels machen sich zuerst und besonders in den ländlich geprägten Regionen bemerkbar, denn sie sind besonders von Bevölkerungsrückgang betroffen. Durch die Abwanderung insbesondere jüngerer Menschen in eine urbanere Lebensumwelt wird gleichzeitig die Alterung der ansässigen Bevölkerung verstärkt. Mit der Ausdünnung der Bewohnerdichte ist oft auch ein Rückgang an sozialer Infrastruktur verbunden - die Wege zum Arzt oder zur Schule werden weiter. Es fehlt an Orten und Möglichkeiten für Geselligkeit, Miteinander und kulturellem Leben.

Besonders charakteristisch für ländliche und dörfliche Lebensräume sind die Überschaubarkeit und die sozialen Nahbeziehungen. Daraus resultierend gibt es dort allerdings auch eine geringere Bereitschaft, Konflikte innerhalb des Gemeinwesens zu thematisieren.

In ländlichen Regionen lebt ein vergleichsweise geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund unter der lokalen Bevölkerung. Auch dies trägt dazu bei, dass das Lebensumfeld durch weniger Vielfalt geprägt ist. Damit einher geht oft eine Distanz gegenüber Neuem und Unbekanntem. Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht-deutscher Herkunft oder neu Hinzugezogene haben es meist schwer, sich in örtliche Strukturen und Gemeinschaften zu integrieren.

Zivilgesellschaftliche Strukturen sind im ländlichen Raum weit weniger ausgeprägt als in städtischen Kontexten und werden mitunter von Formen des unzivilen Engagements beeinflusst, die den Nährboden für Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und für Vorurteile und Ausgrenzung bereiten.

Insbesondere in Regionen, in denen es an sozialer und kultureller Infrastruktur mangelt, in denen Jugendräume und Schulen geschlossen wurden und engagierter Nachwuchs in Vereinen fehlt, besetzen rechtsextreme Akteure gezielt soziale Bereiche. Sie machen Angebote für die örtliche Jugend und versuchen, sich auf diese Weise als „Kümmerer“ in der Region darzustellen und beliebt zu machen. Es geht ihnen dabei um eine gezielte kommunale Verankerung, um schrittweise ihre menschenfeindliche und ausgrenzende Ideologie zu verbreiten und darauf aufbauend Wahlerfolge zu verzeichnen.

In den ländlichen Regionen mangelt es oft an einer Infrastruktur, die ein demokratisches und auf den Zusammenhalt der Gesellschaft gerichtetes Engagement der Bürgerinnen und Bürger motiviert und fördert. Denn Engagement fördernde Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerstiftungen, Seniorenbüros, Freiwilligenzentren und Selbsthilfekontaktstellen sind fast immer städtisch verortet und haben meist wenig Ausstrahlung auf den umgebenden ländlichen Raum.

Es bedarf hier also anderer Methoden und struktureller Herangehensweisen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für ein ziviles bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme von Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ein lebendiges, tolerantes und demokratisches Gemeinwesen.

In den im Jahr 2001 ins Leben gerufenen Bundesprogrammen für Demokratie und Toleranz wurde schnell die Erfahrung gemacht, dass es gerade im ländlichen Raum darauf ankommt, nicht nur zu versuchen, anderswo erfolgreiche Modelle zu verpflanzen, sondern die jeweils konkrete regionale oder lokale Situation in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei spielen die meinungsbildenden lokalen Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft die bedeutendste Rolle.

Von 2002 bis 2006 wurden im Bundesprogramm CIVITAS insgesamt 36 regionale Netzwerkstellen bei vor Ort ansässigen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen gefördert, deren Aufgabe vornehmlich darin bestand, lokale Vereine, Bürgerinitiativen und unterschiedliche kommunale Akteure miteinander zu vernetzen und ein gemeinsames Handeln zu koordinieren. Ab 2007 bildeten die aus diesen Erfahrungen resultierenden 90 „Lokalen Aktionspläne“ einen Schwerpunkt des Folgeprogramms „Vielfalt tut gut“. Ihr zentrales Ziel war es, durch die Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte vor Ort ein gemeinsames Handeln für eine starke Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln. Im darauf folgenden Programm „Toleranz fördern – Demokratie stärken“ arbeiteten zwischen 2011 und 2014 bereits 170 „Lokale Aktionspläne“ an der Umsetzung gemeinsamer Handlungsstrategien.

Mit der Weiterentwicklung der bisherigen „Lokalen Aktionspläne“ zu meist im ländlichen Bereich verorteten „Lokalen Partnerschaften für Demokratie“ im zunächst bis 2019 eingerichteten Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ ist der Auftrag verbunden, regionale Koordinierungs- und Fachstellen einzurichten und zu entwickeln, die die Umsetzung der Programmmaßnahmen und beteiligte Akteure unterstützen sowie Zivilgesellschaft und Verwaltung miteinander vernetzen. Damit wird eine Basis dafür geschaffen, unter den Bedingungen ländlicher Regionen das Potential für eine Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig zu entwickeln.

AutorInnen:

Andreas Pautzke ist stellvertretender Geschäftsführer des BBE sowie Leiter »Demokratiestärkung Ländlicher Raum«.

Kontakt: andreas.pautzke@b-b-e.de

Elisabeth Schönrock ist Referentin im Bereich „Demokratiestärkung Ländlicher Raum“ im BBE.

Kontakt: elisabeth.schoenrock@b-b-e.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de